

Bundesversammlung.

Die gesetzgebenden Räte der Eidgenossenschaft sind am 4. Dezember 1922, vormittags 11 Uhr, zur ersten Session der XXVI. Amtsdauer zusammengetreten.

Herr Hermann Greulich, von und in Zürich, geboren im Jahre 1842, eröffnete als Alterspräsident die Sitzung des Nationalrates mit folgender Ansprache:

Meine Herren Nationalräte!

Noch einmal hat meine Partei und ihre Wählerschaft mich in diesen Rat zur Vertretung der schweizerischen Arbeiterklasse berufen. Mein Alter legt mir die Pflicht ob, die neue Amtsperiode zu eröffnen und ich entbiete Ihnen daher meinen Gruss.

Die zweite Verhältniswahl hat den Rat in seiner Zusammensetzung wenig verändert. Die wesentliche Veränderung geschah vor drei Jahren. Vorher hatte die freisinnig-demokratische Partei die absolute Mehrheit und ihre Entscheidungen waren für die Beschlüsse massgebend. Seit drei Jahren ist das anders. Es gibt keine Parteimehrheit mehr, nur noch Minderheitsgruppen, von denen allerdings die freisinnig-demokratische die grösste ist. Zu den alten Gruppen ist eine neue getreten: Die Bauernpartei.

In einem Bundesstaate wie dem unsrigen, wo Verfassungsänderungen zwangsweise der Abstimmung des Volkes und der Stände unterliegen, wo auch über Gesetze das Referendum verlangt werden kann, dazu noch das Recht der Volksinitiative besteht, muss auch eine Mehrheit Rücksichten auf die andern Parteien nehmen und Kompromisse eingehen. So auch die früher herrschende Partei. Wollte diese die Regierungsgewalt festhalten, so war sie nach dem Verlust der Ratsmehrheit dazu gezwungen.

Selbst in der Demokratie verleiht der Besitz der Regierungsgewalt eine grosse Macht. Sie ist freilich an Verfassung und Gesetz gebunden, aber sie kann deren Bestimmungen nach ihrer Ansicht auslegen. Sie ist Herrin über die Militärmacht und über den grossen Stab von Beamten für den Vollzug der Gesetze und Verordnungen. Dazu ist ihr eine — an sich nicht zu tadelnde — Sitte günstig: Die Bisherigen werden — wenn sie sich nicht schwerster Verfehlungen schuldig machen — immer wieder gewählt. So hatte die freisinnig-demokratische Partei an ihrem letzten

Parteitage in Baden fünf Bundesräte in ihren Reihen, was ihrem Stärkeverhältnis auch in der vereinigten Bundesversammlung nicht entspricht. Die übrigen zwei gehören der katholisch-konservativen Partei an, die im Nationalrat nicht stärker ist, als die sozialdemokratische Fraktion. Da letztere vorläufig keinen Anspruch auf einen Bundesrat erhebt, wird das gleiche Verhältnis bis auf weiteres fort dauern. Unter diesen Umständen bleibt der sozialdemokratischen Partei und ihrer Fraktion keine andere Stellung, als die der Opposition. Sie kann auf die Teilnahme an der Regierung verzichten, aber nur, um ihre grundsätzliche Stellung zu wahren.

In der Wahlzeit betonen die alten Parteien zur Stimmenwerbung ihren historischen Charakter und warnen vor der Abspaltung wirtschaftlicher Interessengruppen. Insbesondere rühmen sie sich als Träger von Ideen im Sinne des ganzen Staatswesens, das über den Interessen einzelner Wirtschaftsgruppen stehe. Dabei vergisst man, dass die freisinnige Partei als Opposition einst auch eine wirtschaftliche Interessengruppe vertrat, die des revolutionären modernen Bürgertums, das heute zum Träger des Kapitals geworden ist. Die gleiche Selbsteinschätzung ist daher heute auch der Vertreterin der Arbeiterklasse erlaubt. Ohne Zweifel ist das Interesse der grössten Gesellschaftsklasse auch als das des ganzen Staatswesens zu betrachten.

Für eine Zeit, die längst hinter uns liegt, vertrat die katholisch-konservative Partei das allgemeine Interesse für die ganze Schweiz vor der Kirchentrennung und als die Naturalwirtschaft und die geschlossene Stadtwirtschaft noch herrschende Formen waren. Als aber ein grosser Teil des Landes von modernen Formen der Wirtschaft erfasst wurde, beschränkte sich diese Stellung auf die innern Kantone. Daher deren heftiger Widerstand gegen die Helvetik und gegen die Umwandlung in den liberalen Bundesstaat.

Die grossen wirtschaftlichen Veränderungen, das Eindringen der modernen Industrie und der auf den Welthandel eingestellten Verkehrswirtschaft, brachte mit den neuen Interessen auch eine neue Ideologie. Ohne diese hätte das moderne Bürgertum die Kraft nicht gewonnen, die Staatsmacht zu erobern. Das war der Liberalismus. Er musste die alte gebundene Wirtschaft, die Zunft- und Kantonsschranken, wegräumen, die der Freiwirtschaft im Wege waren. Dazu musste der Liberalismus die von der Industrie ergriffenen Kantone erobern. Das konnte er nur, indem er sich zum Träger der neuen Freiheitsrechte machte: Der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, der Rede-, Versamm-

lungs-, Vereins- und Pressfreiheit. Er musste die obrigkeitlichen Bevormundungen in Aufenthalt, Niederlassung, Ehe usw. abschaffen. Seine Einstellung auf die internationale Handelsfreiheit zog auch die Gleichschätzung aller Völker und den Gedanken ihrer Solidarität in die Ideologie. Das alles lag im Liberalismus des revolutionären Bürgertums.

Dieser Ideologie gaben die grossen klassischen Denker und Dichter ihren theoretischen und künstlerischen Ausdruck und zwar bei allen Völkern mit moderner Entwicklung ihrer Zeit. In der Schweiz finden wir ihn bei Jean-Jacques Rousseau und bei Heinrich Pestalozzi. In Deutschland bei Lessing, Goethe, Schiller und ihren Zeitgenossen. Das höchste Pathos entwickelte Schiller. Er begeisterte den grössten Mitkämpfer auf dem musikalischen Gebiet, Beethoven, zu seiner hervorragendsten Schöpfung, der neunten Symphonie. Im dritten und vierten Satz, dem wundervollen Adagio und dem Dithyrambus mit dem Lied an die Freude, flutet der höchste Ausdruck der Menschenbruderliebe. Das verleiht dieser Schöpfung Unsterblichkeit. Noch in den fernsten Zeiten wird sie die Menschen erheben und beglücken.

Die Idee der Freiheit und der allgemeinen Menschenbruderschaft ist die herrschende im Liberalismus. Als dessen Erbin betrachtet sich die freisinnige Partei. Aber was ist aus dem Erbteil, aus dieser grossen Idee geworden? Ich will nicht ungerecht sein, nicht die Ursachen der grossen Wandlung verschweigen. Aber ebensowenig darf ich zugeben, dass eine Partei in ihrem Namen sich noch mit einer Idee schmückt, die sie längst aufgegeben hat.

Die wirtschaftlichen Nutzniesser des Liberalismus waren keine Ideologen, sondern praktische Geschäftsleute. Zu einem grossen Teil rohe Emporkömmlinge, die Schiller und Beethoven nicht kannten, sondern nur möglichst rasch reich werden wollten. Daher kalkulierten sie mehr mit der Ausnützung der neuen Maschinen, als mit dem Glück der Menschenbrüder. So kamen sie zu einer Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, gegenüber der diejenige der Sklavenbesitzer eine Idylle war. Menschlich war die Stellung des Sklaven eine sehr tiefe. Aber er hatte vor dem modernen Proletarier einen grossen Vorzug. Er kostete Geld und war daher für seinen Herrn ein Vermögenstück. Dieser musste für ihn durch Beschaffung von Obdach, Nahrung und Kleidung die gleiche Sorge tragen, wie der Bauer für seine Haustiere. Der Sklave war sorglos. Der moderne Proletarier kostet den Unternehmer nichts. Ob er bei langer

Arbeitszeit und geringem Löhne bestehen kann oder nicht, ob er früher oder später zu Grunde geht — das fällt nicht in die Kalkulation des Unternehmers. So vollzog sich eine schreckliche körperliche, geistige und seelische Entartung der Arbeiterklasse. Im neuen Fabrikarbeiter bildete sich ein eigner Typus der Gattung, der auch eine kürzere Lebensdauer aufwies.

Mit der raschen Ausdehnung der Verkehrswirtschaft wuchs auch das Proletariat zu einer immer stärkeren Klasse der Gesellschaft. Sie rebellierte gegen ihre Ausbeutung in urwüchsiger roher Form. Dadurch erregte sie das Mitgefühl weiterer Kreise und das öffentliche Gewissen. Der Staat griff endlich ein. Das wieder weckte im Proletariat die Einsicht, dass es auf die Entschliessungen der öffentlichen Gewalt zur Wahrung und Förderung seiner Lebensinteressen Einfluss üben müsse. Es entstand die proletarisch-politische Partei. Je mehr sie an Anhängern zunahm, desto mehr wurde sie für die herrschende Klasse zu einer Gefahr. Um sich ihrer zu erwehren, liessen die „Liberalen“ die grossen Ideen des Liberalismus fallen. Der Name blieb, aber der ideale Inhalt wurde über Bord geworfen. So ist es überall gegangen, auch in der Schweiz.

Glaubten wir an eine Besserung, wenn durch die Verhältnisswahl die herrschende Partei ihre Mehrheit einbüsse, so haben wir uns getäuscht. Wohl erhielt die Vertretung der Arbeiterklasse eine bedeutende Verstärkung. Aber damit steigerte sich die „Gefahr“. Die freisinnige Partei war nun zur Wahrung ihrer politischen Macht auf die Mithilfe von Parteien angewiesen, die rückständige Wirtschaftsstufen in Gewerbe und Landwirtschaft vertraten, daher noch weiter rechts vom Liberalismus stehen. Dazu trat der Einfluss der allgemeinen Weltverhältnisse, die starke Depression. Die Arbeiterklasse wurde entmutigt. Daraus erklärt sich die Tatsache, dass der abgetretene Rat, die reaktionärste Legislaturperiode seit Jahrzehnten aufwies.

Schon vor drei Jahren sah ich diese Erscheinung voraus und glaubte, einige Ratschläge als Warnung erteilen zu sollen. Sie wurden wenig beachtet und gar bald vergessen. Es darf mir gestattet sein, heute in anderer Form darauf zurück zu kommen.

In früher Jugend habe ich Goethe gelesen. Besonders zog mich die Lebensbeschreibung an. Vor einem ihrer Abschnitte fand ich das Motto: „Es ist dafür gesorgt, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen.“ Aber erst viel später, als ich geschichtlich denken konnte, ist mir die tiefe politische Bedeutung dieses alten Volksspruches aufge-

gangen: Als eine Warnung an die Herrschenden und eine frohe Botschaft für die Unterdrückten, die emporsteigen wollen. Den Herrschenden sagt sie: Lasst euch nicht vom Augenblick hinreissen. Nicht alles ist Gefahr, was ihr dafür haltet. Was vom Übel ist, das vergeht von selbst. Das Gute könnet ihr nicht unterdrücken. Mit übereiltem Vorgehen wecket und vermehret ihr nur die Kraft der Gegenseite. Den Emporringenden sagt sie: Verzaget nicht, wenn man über euch herfällt. Strenge Gewalt wird nicht alt. Reif sein ist alles und überwindet jede Macht. Unermüdliche Arbeit führt zum Reifwerden. Es ist dafür gesorgt, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen — weder die in der Höhe, noch die in der Tiefe.

Es gibt ja in der staatlichen Gemeinschaft nicht nur Arbeiter auf der einen und Unternehmer nebst Gefolge von Gewerblern und Grossbauern auf der andern Seite. Es gibt noch viele Andere, die in der Demokratie mitzureden haben, darunter auch Menschen mit tiefem sozialem Gefühl. Darum zügelt die Demokratie immer wieder die Unterdrückungssucht der Herrschenden und die Ungeduld der Emporstrebenden. Das hat sich gezeigt in der Volksabstimmung vom 24. September, die den Herrschenden ihr Knebelgesetz vor die Füsse warf. In allen Parteien gab es starke Gruppen, die ihnen die Heeresfolge verweigerten. Selbst unter den Bauern der Hochtäler gab es Scharen, deren Freiheitsgefühl sich kräftig äusserte. Ein andermal lehnt sie Begehren der Vordringenden ab, weil das Verständnis für diese Forderungen noch nicht reif ist. Damit sagt sie: Überlegt die Sache noch einmal, arbeitet weiter daran und dann kommt wieder. Ihr könnt nur dann auf Erfolg hoffen, wenn ihr das Verstehen und das Fühlen der grossen Mehrheit für euch habt.

Das grösste Hindernis für die Erledigung wirtschaftlicher Streitfragen unter den verschiedenen Klassen der Bevölkerung ist die hässliche Erscheinung, sachliche Fragen auf das persönliche Gebiet hinüber zu ziehen und die Vertreter der Gegenseite als moralisch minderwertige Menschen darzustellen. Ein Beispiel ist mir unvergesslich. Wir hatten vor 50 Jahren einen berühmten Kanzelredner in Zürich, den ich auch einmal anhörte. Zufällig sprach er gerade über Sozialismus und Sozialisten. Dass er über Sozialismus wie der Blinde von der Farbe urteilte, wunderte mich nicht. Erstaunt war ich aber, dass er uns allesamt als finstere, verdrossene, von Neid und Hass erfüllte Menschen bezeichnete. Auf meine glückliche Naturanlage passte doch auch

gar nichts davon. Weder war ich je finster und verdrossen, noch hat mich je Neid und Hass erfüllt. Für uns Alle brauchte es damals fröhlichen Bekennermut, um als Sozialisten aufzutreten. Geschäfte konnte man damit nicht machen. Aber was jener Mann von der Kanzel sprach und nachher drucken liess, dem begegnen wir heute noch alle Tage.

Zugeben will ich, dass dieser Fehler auch etwa von unserer Seite gemacht wird. Gerade als Schüler von Karl Marx habe ich mich möglichst davor gehütet. „Es ist unser gesellschaftliches Sein, das unser gesellschaftliches Bewusstsein bestimmt“, so sagt Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie von 1859 und 8 Jahre später im Vorwort zum „Kapital“: „Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaft als einen naturgeschichtlichen Prozess auffasst, den Einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“

Hier muss das Verstehen beginnen, wenn die soziale Entwicklung einen möglichst friedlichen Verlauf nehmen soll. So wenig man von dem Mann in wirtschaftlich hoher Stellung verlangen kann, dass er sozialistisch denke, so wenig darf man vom Proletarier fordern, dass er sich zufrieden fühle in Verhältnissen, die ihn auf einer tiefern Stufe des Daseins festhalten ohne jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Beide werden sehr verschieden denken müssen aus ihren Zuständen heraus. Deswegen können beide moralisch gleich gute Menschen und Bürger sein. Das soll für Alle gelten.

Von Staatsmännern aber darf man mehr erwarten. Auch ihr Denken wird von ihrer Herkunft, Erziehung und ihren wirtschaftlichen Zuständen bestimmt sein. Aber es muss höher entwickelt werden zum geschichtlichen Denken, das einen Teil ihres Verantwortlichkeitsgefühls bilden muss. In der Ordnung der menschlichen Gesellschaft gibt es keine absolute Wahrheit, ausser der einzigen, dass die Menschen selbst massgebend sind. Jede bestehende Ordnung ist keine absolute, nur eine historische Kategorie und in fortwährender Umwandlung begriffen. Als organische Gebilde sind Gesellschaft und Staat in stetem Wachstum. Sie erneuern sich beständig, indem alte Geschlechter vergehen und neue werden. Der Lebende hat recht und schafft sich sein Recht. Die Vergangenheit lässt sich nicht fest-

halten, die Zukunft nicht absperren — freilich auch nicht willkürlich festlegen.

Aus der Natur des Menschen und der ungeheuerlichen Form, welche die kapitalistische Entwicklung angenommen hat, darf man eins voraussagen: Der tote materielle Besitz kann nicht die Herrschaftsform der Zukunft sein. Die geistigen und seelischen Kräfte in der grössten Volksklasse — heute noch unentwickelt, aber stets sich weiterbildend — werden sicherlich den Sieg über die Herrschaft des materiellen Besitzes erringen und jede Unterdrückung verunmöglichen. Eine bessere höhere Kultur der ganzen Menschheit wird die Folge sein, wie schon ein altes Schweizerlied sagt:

Es ringt die Welt im grossen Riesenstreite,
 Sie sucht das Gut, das Männerkraft uns gab;
 Der Gott, der uns zur starken Vorhut weihte,
 Bereitet rings der Zwingherrschaft ihr Grab.

In dieser Hoffnung erkläre ich die 26. Amtsperiode des Nationalrates als eröffnet.

Nach Beeidigung des Rates wurde als Präsident gewählt: Herr Johann Jenny, von Iffwil, in Worblaufen bei Bern, bisher Vizepräsident.

Am 6. Dezember wählte der Rat zum Vizepräsidenten Herrn Raymond Evéquoz, von Conthey, in Sitten.

Im Ständerate eröffnete der abtretende Präsident, Herr Dr. J. Räber, die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, worauf die Beeidigung der neugewählten Mitglieder sowie die Wahl des Bureaus erfolgte.

Als Präsident wurde gewählt: Herr Albert Böhi, von Schönholzerswilen, in Bürglen; als Vizepräsident: Herr Henri Simon, von Ste. Croix, in Lausanne.

Bundesversammlung.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1922
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	50
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.12.1922
Date	
Data	
Seite	964-970
Page	
Pagina	
Ref. No	10 028 558

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.